i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2026 4. November 2026



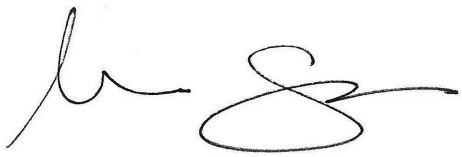
Liebe Leserinnen und Leser,

die Arbeit des Stuttgarter Landtags läuft nach der parlamentarischen Sommerpause inzwischen wieder auf Hochtouren. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) hat den Haushaltsplan für den Etat 2027 mit einem Ausgabenvolumen von 72 Milliarden Euro am 21. Oktober in den Landtag eingebracht. In der heutigen Plenarsitzung werden die Fraktionen in der Generalaussprache dazu Stellung nehmen. Bis Weihnachten soll der neue Haushalt dann verabschiedet werden. Doch über wichtige Punkte muss noch intensiv diskutiert werden, denn zentrale Wahlversprechen beider Regierungsfraktionen finden im kommenden Haushalt keinerlei Beachtung, allem voran das sowohl von Cem Özdemir als auch von Manuel Hagel geforderte kostenfreie, verbindliche letzte Kitajahr.

Bildung insgesamt muss meines Erachtens viel stärker im Fokus des Regierungshandelns stehen. Kultusminister Andreas Jung (CDU) sagte jüngst in einem Interview des Reutlinger Generalanzeigers, dass jetzt erst einmal analysiert werden müsse, wo wir stehen. Da bin ich gänzlich anderer Meinung, denn wir wissen schon seit geraumer Zeit und auch aufgrund der letzten Pisa-Studie und vieler anderer Vergleiche sehr wohl, wo wir in Baden-Württemberg stehen. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern wir müssen endlich ins Tun kommen. Aber das haben wir als SPD-Fraktion schon in der vergangenen Legislaturperiode und in vielen verschiedenen politischen Bereichen immer wieder und wieder gefordert. Doch ich befürchte, dass die neue grün-schwarze Landesregierung – trotz großer und teils unverständlicher Personalrochade und deutlich mehr Stellen – sich nicht groß von der alten grün-schwarzen Landesregierung unterscheiden wird. Stillstand war und ist Programm.

Dass sich aber endlich etwas ändern muss, zeigen auch die Jugend-Demonstrationen am vergangenen Wochenende. Dabei darf die Diskussion über die nicht zu entschuldigenden Ausschreitungen und Gewalttaten die Suche nach den Gründen und Ursachen für den Protest nicht überlagern. Wir müssen uns um die Sorgen und Probleme der Jugend kümmern: immer höhere Lebenshaltungskosten, kaum mehr bezahlbare Mieten, Missstände und mangelnde Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich, steigende Jugendarbeitslosigkeit und schlechter werdende berufliche Perspektiven, Zukunftsangst wegen Klimawandel und Krieg. Die Sorge um die eigene Zukunft belastet zunehmend das Gerechtigkeitsempfinden viele junger Menschen – auch bei uns in Baden-Württemberg. Es wäre fatal für unsere Demokratie, wenn wir die Jugend weiter an die extremen politischen Ränder verlieren. Wir sollten den jungen Menschen zuhören und sie mehr in unsere Politik einbeziehen. Schülerinnen und Schüler über Kreisschülerräte mehr Mitsprache zu ermöglichen und sie stärker bei schulpolitischen Entscheidungen vor Ort mitwirken zu lassen, kann ein erster Schritt dazu sein. Allerdings sollte dies flächendeckend im ganzen Land etabliert werden - wie es der Landesschülerbeirat schon seit einigen Jahren fordert. Und nicht, wie es das Kultusministerium nun vorhat, lediglich als halbherziger Modellversuch in nur vier Landkreisen. Das reicht bei Weitem nicht aus!

Ich wünsche Euch, Euren Freunden und Familien noch ein paar schöne Herbsttage, bevor die Adventszeit anbricht, und für heute wieder eine interessante Lektüre.



Euer Andreas Stoch

Gebührenfreie Kitas

Anhand ihres Antrags wollte die SPD in der 12. Sitzung des Landtags am 7. Oktober von der Landesregierung wissen, ab wann die Familien im Land mit der finanziellen Entlastung durch ein kostenfreies, verbindliches letztes Kitajahr rechnen können.

In ihrer Rede erinnerte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Katrin Steinhülb-Joos** die grün-schwarze Landesregierung an ihr Wahlversprechen. Sowohl Herr Özdemir als auch Herr Hagel hätten versprochen, dass man die Familien in Baden-Württemberg entlasten wolle. Vor allem dieses eine konkrete Versprechen sei bei den Menschen hängen geblieben: Das letzte Kitajahr solle verpflichtend und gebührenfrei werden. So stehe es auch im Koalitionsvertrag. Auf der ersten Landespressekonferenz hätten der Ministerpräsident und der Innenminister betont, welche hohe Priorität das habe. Man wolle halten, was im Wahlkampf versprochen wurde, und keine Ankündigungskoalition, sondern eine Koalition des guten Handwerks sein. Jetzt in der Zeit der Haushaltsberatungen stelle sich die Frage, ob das verpflichtende und gebührenfreie letzte Kitajahr in den Haushalt 2027 kommt - oder zumindest die Gebührenfreiheit? Diese könnte ja unabhängig von der Verpflichtung eingeführt werden, bis deren Umsetzung geklärt ist. Damit hätte man zumindest ein Wahlversprechen eingelöst, nämlich die Familien zu entlasten. Doch wie man den Zeitungen entnehmen könne, werden hier die Erwartungen der Eltern nicht erfüllt werden. Dabei wäre eine Entlastung der Familien bitter notwendig. Das zeige auch die Befragung des Landeselternbeirats Kinderbetreuung: Für 57 Prozent seien die aktuellen Gebühren zu hoch oder hoch. Das hänge vor allem davon ab, wo die Eltern wohnen und ihre Kinder anmelden. Aber es könne doch nicht von der Postleitzahl abhängen, ob man sich eine Betreuung leisten könne oder nicht, so Steinhülb-Joos. Für Kinder zwischen drei und sechs könnten die monatlichen Gebühren bis zu 980 Euro betragen, bei Kindern unter drei Jahren sogar bis zu 1200 Euro. Die Entlastung der Eltern dürfe aber keinesfalls auf die ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen abgewälzt werden, sondern das Land müsse diese Kosten tragen. Die aktuelle Pisa-Studie habe deutlich gezeigt, dass mehr in die frühkindliche Bildung investiert werden müsse. Doch dieser Invest sei sinnlos, wenn Eltern sich diese nicht mehr leisten können. Deswegen lautet die klare Aufforderung der SPD ans Kultusministerium und die gesamte Landesregierung, das gebührenfreie letzte Kitajahr in den Haushalt 2027 aufzunehmen und die Landesmittel für die frühkindliche Bildung zu erhöhen.

Konsequenzen aus der Pisa-Studie

In der 13. Sitzung des Landtags am 8. Oktober wollte die SPD in einer Aktuellen Debatte über die Konsequenzen aus der Pisa-Studie diskutieren. Dabei fordert sie, Bildung vom Kind aus zu denken, Leistung zu ermöglichen und Chancen zu eröffnen.

Fraktionsvorsitzender **Sascha Binder** verweist darauf, dass Pisa schon vor 25 Jahren zu Diskussionen über Bildung geführt und große Fragezeichen gesetzt habe, ob man mit dem, was man Jahrzehnte lang getan habe, auf dem richtigen Weg sei. Heute, 25 Jahre später, sei man nicht viel weiter – nicht in Deutschland und auch nicht in Baden-Württemberg. Das überrasche ihn ehrlicherweise nicht, denn wenn er in Ausbildungsbetrieben unterwegs sei, höre er schon lange, dass Schulabgänger teilweise große Schwächen in Mathe und Deutsch haben. Alle Programme, Mittel und Stellen, in die die Landesregierung investiert habe, hätten da nicht geholfen. Denn der Gradmesser für eine gute Bildungspolitik sitze morgens um acht im Klassenzimmer und zeige, was wirklich wirksam ist. In kaum einem anderen Land als Baden-Württemberg hänge der Leistungserfolg so stark davon ab, aus welchem Haushalt ein Kind kommt. Chancengerechtigkeit heiße, Leistung zu ermöglichen. Viele Schülerinnen und Schüler könnten ihre Leistung aber nur abrufen, weil enorm viel Geld für Nachhilfe ausgegeben werde. Das könne sich aber nicht jeder leisten. Wer hier davon rede, dass Leistung wieder in den Mittelpunkt gestellt werden muss, müsse gleichzeitig beantworten, warum unser Bildungssystem nicht jedem Kind Leistung ermögliche. Es werde diskutiert, dass deutlich früher begonnen werden müsse, schon in der Kita. Jedes Kind in der ersten Klasse müsse die deutsche Sprache beherrschen. Aber dafür tue die Landesregierung zu wenig. So komme das große Wahlversprechen für ein verbindliches, gebührenfreies letztes Kitajahr nicht. Das Land tue, als stünde es vor einer großen Erfindung, dabei sei es hier nicht Vorreiter, sondern im Ländervergleich ziemlich weit hinten dran. Mit jedem Tag, an dem wichtige bildungspolitische Maßnahmen nicht umgesetzt werden, verliere man Schüler. Das gelte auch für den Ganztag und die Entlastung von Lehrkräften. Binder fordert auf, jetzt zu handeln und nicht über Programme und Maßnahmen zu diskutieren, die am Ende ihre Wirksamkeit verfehlen. Denn wirksam seien die Programme bisher nicht gewesen, wie nicht nur die Pisa-Studie, sondern auch viele andere Studien gezeigt haben. „Wir werden in Baden-Württemberg nicht besser in der Bildungspolitik, wenn wir unseren Kindern keine Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ermöglichen“, so Binder.

Besuch im Heidenheimer Jobcenter

Was den Geschäftsführer des Jobcenters Landkreis Heidenheim Markus Ebersbach derzeit beschäftigt, erfuhr ich bei meinem Besuch vor Ort. Gemeinsam mit Anke Eberhardt, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und Controlling, stellte er die aktuellen Zahlen vor. Die Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB II im Landkreis Heidenheim ist mit 2,9 Prozent stabil und nur wenig höher als im Vorjahr. Auch können noch immer Stellen vermittelt werden, insbesondere im Lager- und Logistikbereich, in der Gastronomie und im Verkauf. Auch über Personaldienstleister sind weiterhin Arbeitsaufnahmen möglich. Das Jobcenter betreut aktuell 4297 erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die man wieder in Arbeit bringen möchte. Rund 62 Prozent sind dabei unqualifizierte Arbeitskräfte, bei den unter 25-Jährigen sind es sogar um die 90 Prozent. Das halte ich für nicht hinnehmbar und dies darf in unserem Schulsystem nicht sein. Wir brauchen deutlich mehr berufliche Qualifikationen und noch frühere Anstrengungen in der schulischen Berufsorientierung. Deswegen habe ich in meiner Amtszeit als Kultusminister das Fach Wirtschaft und Berufsorientierung eingeführt. Auch Markus Ebersbach weiß um die Wichtigkeit einer Ausbildung in jungen Jahren, weil Qualifizierung langfristig vor Arbeitslosigkeit schützt. Eine wichtige Rolle spielen hier vor allem die Arbeitgeber und deren Aufgeschlossenheit, vermehrt Arbeitserprobungen und Praktika, insbesondere für ungelernte Menschen mit Sprachdefiziten, anzubieten. Ich habe deswegen vorgeschlagen, in einer regionalen Informationsoffensive gerade kleinere Firmen und Handwerker anzusprechen und zu motivieren, Praktika und Einblicke in Ausbildungsberufe anzubieten und so einen niederschwelligen Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Gerne werde ich dafür bei der IHK, der Handwerkskammer und den Innungen im Kreis werben.



Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ich begrüße die Gründung der regionalen Arbeitsgruppe des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und bin gerne bereit, in dessen Beirat mitzuwirken. Mit seinem deutschlandweiten Netzwerk setzt sich der Verein seit über dreißig Jahren überparteilich für eine demokratische Gesellschaft und gegen Extremismus ein. Es freut mich sehr, dass sich mit Dr. Wolfgang Proske und Frauke Donat zwei engagierte und lokal bestens vernetzte Verfechter unserer Demokratie gefunden haben, um diese Gruppe ins Leben zu rufen und die Erinnerungsarbeit hier vor Ort zu stärken und die Menschen für die Wichtigkeit einer demokratischen Grundordnung zu sensibilisieren. Ich freue mich auch, dass wir drei Landtagsabgeordneten des Wahlkreises gemeinsam dem Beirat beitreten und uns parteiübergreifend für unsere Demokratie einsetzen. Das ist ein starkes Signal an die Menschen in der Region. Ich hoffe, dass sich viele weitere Mitstreiter finden werden. Denn Demokratie ist nicht selbstverständlich, sondern durchaus verletzlich. Das haben uns die letzten Jahre mit ihren weltweiten Krisen nur allzu deutlich gezeigt. Immer mehr Menschen wenden sich von den demokratischen Parteien der Mitte ab und den extremen politischen Rändern zu. Das Erstarken extremer Kräfte stellt alte Gewissheiten hinsichtlich unserer freien demokratischen Grundordnung und unserer Erinnerungskultur zunehmend in Frage. Diese erschütternde und gesellschaftlich gefährliche Entwicklung beobachten wir nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit. Gerade aus diesem Grund habe ich vor anderthalb Jahren auf Landesebene die Gründung des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte initiiert. Diesem breiten zivilgesellschaftlichen und überparteilichen Bündnis gehören mittlerweile über 120 Organisationen im Land an.

Wir haben in Deutschland eine ganz besondere historische Verantwortung. Diese erwächst aus dem Wissen um die Verbrechen und die damit verbundenen millionenfachen tragischen Schicksale, die von deutschem Boden ausgegangen und aus dem Nationalsozialismus und seiner menschenverachtenden Ideologie erwachsen sind. Das dürfen wir niemals vergessen oder relativieren. Es ist unsere Aufgabe, die Geschichte weiter kontinuierlich wach und in Erinnerung zu halten, damit so etwas nie wieder geschieht. Das Fundament dafür ist unsere Demokratie.

Impressum:
Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8| 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de